

Wenn Wirtschaftsweise den Erkenntnisfortschritt bremsen: Aus einer Studie zum Meinungsbild unter Deutschlands Ökonom_innen und ihren Wortführer_innen in der Öffentlichkeit

Fricke, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fricke, T. (2016). *Wenn Wirtschaftsweise den Erkenntnisfortschritt bremsen: Aus einer Studie zum Meinungsbild unter Deutschlands Ökonom_innen und ihren Wortführer_innen in der Öffentlichkeit*. (FGW-Impuls Neues ökonomisches Denken, 3). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67695-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Wenn Wirtschaftsweise den Erkenntnisfortschritt bremsen -

Aus einer Studie zum Meinungsbild unter Deutschlands Ökonom_innen und ihren Wortführer_innen in der Öffentlichkeit



Thomas Fricke

Auf einen Blick

- Die systematische Auswertung der großen Umfragen unter Deutschlands Ökonom_innen seit 2006 zeigt, dass die Basis mittlerweile vielfältiger und offener für Neues ist, als es den Anschein hat.
- Auffällig ist, dass sich dieser vermeintliche Paradigmenwandel in Deutschland nur sehr bedingt in den öffentlichen Debatten zu großen wirtschaftspolitischen Fragen spiegelt, die nach wie vor stark von orthodoxen Vertreter_innen des Fachs geprägt werden.
- Die Erneuerung ökonomischen Denkens stieß sich hierzulande danach sehr stark auch an starren Strukturen und mangelnder Fluktuation in der wirtschaftspolitischen Beratung.

„What is very clearly true, is that German economics is different from economics everywhere else in the world.“

Joseph Stiglitz, August 2016¹

Ökonomie in Deutschland: Alles anders?

Spätestens seit der großen Finanzkrise haben Deutschlands Ökonom_innen ihr Image weg: die Zunft gilt als orthodox und einseitig. Ob in Sachen Krisenpolitik der Notenbanken – oder wenn es darum geht, die Wirtschaft anzukurbeln. Ob bei Nobelpreisträgern wie Stiglitz und selbst Konservativeren im Ausland - oder im Inland, wo nur noch ein Drittel der Menschen den Ökonom_innen vertraut und Studierende mehr Pluralität in Forschung und Lehre fordern.

Sind deutsche Wirtschaftswissenschaftler_innen tatsächlich per se so dogmatisch festgelegt? Immerhin räumten in der großen Ökonomen-Umfrage 2015 gut 45 Prozent der hiesigen Fachvertreter_innen selbstkritisch ein, dass ihre Zunft in einer Legitimationskrise stecke. Und 59 Prozent stimmten zu, dass die Finanzkrise dem Scheitern von „Marktfundamentalismus“ gleichkomme. Das passt nicht recht zur kategorischen Aussage, dass die Ökonomie in Deutschland so grundlegend anders ist. Diese Kritik am Marktglauben könnte auch von Stiglitz stammen.

Etwas anderes lässt die systematische Auswertung der großen Umfragen vermuten, die in drei Wellen seit 2006 unter deutschen Ökonom_innen geführt wurde.² Danach gibt es auch in der hiesigen Zunft seit der Finanzkrise Bewegung und eine



Tendenz, allzu orthodoxe Lehren abzulegen. Woran es mangelt, scheint eher die Übertragung zu sein: Der vermeintliche Paradigmenwandel spiegelt sich bisher kaum in den öffentlichen Debatten, die nach wie vor stark von orthodoxen Wortführer_innen geprägt werden, ob aus dem Sachverständigenrat (SVR) oder führenden Forschungsinstituten.

Wie sehr sich das Meinungsbild (auch) in der deutschen Ökonomie bereits wandelt, lässt sich im Vergleich der Umfrage 2015 mit der Befragung 2006 kurz vor Ausbruch der Finanzkrise erahnen. Über drei Jahrzehnte waren Ökonomie und Wirtschaftspolitik bis in die 2000er Jahre - weltweit - von Modellen des Monetarismus und der Angebotstheorie geprägt, wonach im Kern der Staat fast immer schlechter abschneidet als die heilenden Kräfte des Marktes. Entsprechend waren 2006 nur noch 12 Prozent der deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen der Ansicht, dass die „Finanzpolitik ein effektives Instrument sein (kann), den Konjunkturzyklus zu stabilisieren“. Im „Hamburger Appell“ erklärten damals mehr als 240 Professor_innen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage „einer nachhaltigen Steuerung weitestgehend entzieht“.

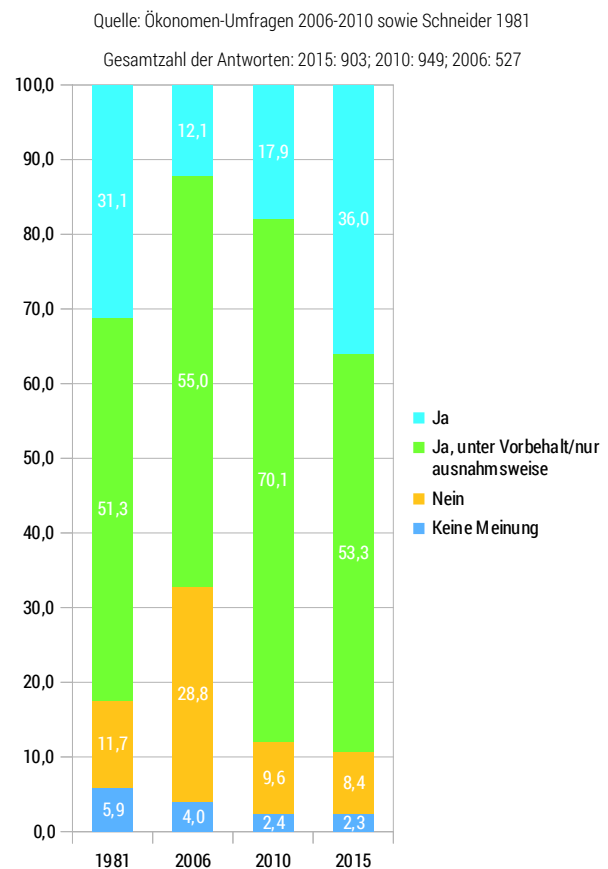
Neue ökonomische Vielfalt an der Basis

Dieses Paradigma scheint durch die Finanzkrise stark angeschlagen – auch in Deutschland. In der ersten Umfrage nach dem Schock stuften 2010 unvermittelt 65,8 Prozent der Befragten den Lieblingsgegner der Angebotslehre John Maynard Keynes als „sehr wichtig für die heutige Volkswirtschaftslehre“ ein; 2006 fanden das lediglich 50,5 Prozent. Bis 2015 verdreifachte sich der Anteil derer, die Konjunkturpolitik als potenziell effektives Instrument einstufen auf 36 Prozent. Und: nur noch 8,4 statt 28,8 Prozent (2006) befanden, dass Finanzpolitik unnütz sei, die Konjunktur zu beeinflussen und Zyklen zu glätten.

Auf eine Abkehr vom orthodox-marktwirtschaftlichen Glauben lassen auch die stark gewachsenen Zweifel an der Effizienz von (Finanz-)Märkten schließen. Mehr als zwei Drittel stimmten 2015 „stark“ oder „etwas“ zu, dass ökonomische Modelle in den Jahren vor der Krise „zu stark auf der Annahme rationalen Verhaltens“ (der Menschen) aufgebaut waren. Geschwunden scheint auch das Vertrauen in die Effizienz der Devisenmärkte. Noch 2006 hatten 61 Prozent „im Großen und Ganzen“ oder „mit Einschränkung“ zugestimmt, dass „flexible Wechselkurse zu einer optimalen Allokation von Ressourcen führen“. In der Umfrage 2015 sahen das nur noch 39 Prozent so.

Immerhin gut 40 Prozent stimmen seit 2010 auch dem Befund „stark zu“, wonach „die Finanzkrise gezeigt hat, dass Spekulation destabilisierend statt stabilisierend wirken kann“.

ABB. 1 - Finanzpolitik kann ein effektives Instrument sein, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren. Stimmen Sie zu? Antworten in %



Nach monetaristischer Lehre sollte Spekulation ja stets stabilisierend wirken. Das sehen 2015 nur noch knapp 17 Prozent so. Rund 45 Prozent meinen da, dass die Finanzkrise „in erster Linie das Versagen von (Finanz-)Märkten“ spiegelt – ein ziemlich tief reichender Befund für eine Zunft, die über drei Jahrzehnte vom Glauben an Markteffizienz geprägt war.

Hinter alledem stecken mehr als nur Zweifel im Detail. Immerhin jeder Vierte findet die Kritik von Studierenden an mangelnder Pluralität in der Wirtschaftswissenschaft völlig berechtigt, noch einmal 32,2 Prozent grundsätzlich richtig, nur übertrieben. Macht zusammen fast 60 Prozent, die offen für eine relativ grundsätzliche Kritik sind.

Bremsende Wortführer_innen

Dieses Meinungsbild deutet darauf hin, dass sich in den Jahren seit Ausbruch der Finanzkrise eine Lücke aufgetan hat zwischen dem, was über die Wortführer_innen der Zunft als „die“ Meinung der deutschen Ökonomie wahrgenommen wird – und dem, was eine zunehmend offene Basis in den Umfragen zum Ausdruck bringt. Um dies zu prüfen, haben wir die Ergebnis-



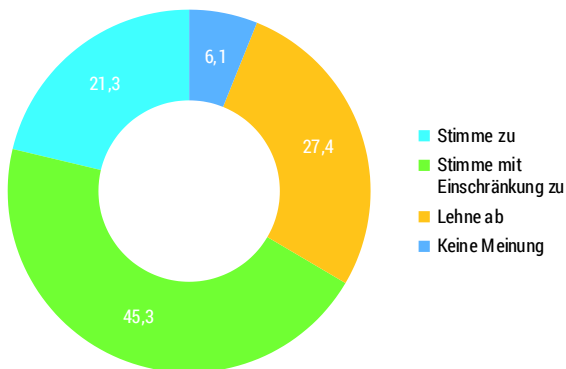
se der Umfragen mit den Positionen verglichen, die führende Institutionen der wirtschaftspolitischen Beratung zu aktuellen Streitthemen vertreten haben. Als Referenz wurden dabei vor allem die Gutachten des Sachverständigenrats (SVR) herangezogen³ - insbesondere das von 2014 mit dem Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“.⁴

1) Die Euro-Rettungspolitik der Notenbank

Der Sachverständigenrat zeigte wenig Gefallen daran, dass EZB-Chef Mario Draghi zur Rettung des Euro auch einen massiven Aufkauf von Staatsanleihen anvisierte. Dadurch würden Fehlanreize gesetzt, der Druck zu Strukturreformen genommen. Der Rat enthielt sich zwar ausdrücklich einer Antwort auf die juristische Frage, ob die EZB damit ihr Mandat überschreitet – führte dann allerdings eine Reihe ökonomischer Argumente an, die auf ein unerlaubtes Verwischen der Trennlinie zwischen Geld- und Finanzpolitik hindeuteten.⁵

ABB. 2 - Eine Notenbank sollte in Krisensituationen die Funktion eines Lenders of Last Resort einnehmen und zur Beruhigung der Finanzmärkte auch den Kauf von Staatsanleihen als Instrument nutzen. Angaben in %

Quelle: Ökonomen-Umfragen 2015; Gesamtzahl der Antworten: 875



In auffälligem Kontrast dazu stehen die Ergebnisse der Umfrage 2015. Darin stimmte bereits gut jede/r fünfte deutsche Ökonom_in uneingeschränkt zu, dass „eine Notenbank in Krisensituationen die Funktion eines Lenders of Last Resort einnehmen“ und „zur Beruhigung der Finanzmärkte auch den Kauf von Staatsanleihen als Instrument nutzen“ sollte. Nur 36,2 Prozent teilten die Kritik, dass die EZB ihr Mandat überschritten habe und nicht hätte intervenieren dürfen. Ein weiteres gutes Drittel zweifelte zwar, dass die EZB innerhalb ihres Auftrags blieb – beurteilte die Intervention aber dennoch als richtig. Und: fast jede/r Fünfte fand, dass die Währungshüter_innen ihren Auftrag sogar erfüllt haben.

2) Der deutsche Exportüberschuss

Der Sachverständigenrat zeigt wenig Verständnis für die internationale Kritik an hohen Überschüssen in der deutschen Leistungsbilanz. In ihrem Gutachten 2014 bestreitet die Mehrheit der Professor_innen die Diagnose der EU-Kommission, wonach die Ursache überhaupt in einer zu schwachen Inlandsnachfrage liege.

Die Kritik findet an der hiesigen Ökonomen-Basis deutlich mehr Zuspruch. Schon 2010 fand jede/r Dritte, dass es „wünschenswert“ sei, „wenn Deutschland sehr hohe Leistungsbilanzüberschüsse [...] künftig vermeidet“. Immerhin fast die Hälfte befanden 2015, dass es hier Korrekturbedarf gebe – und Deutschland den Anteil der Binnenwirtschaft am Wirtschaftswachstum zumindest graduell erhöhen sollte. Nur ein Fünftel sah gar keinen Korrekturbedarf. Dass der Überschuss das Risiko künftiger (Finanz-)Turbulenzen birgt, sagten dagegen zwei von drei Befragten.

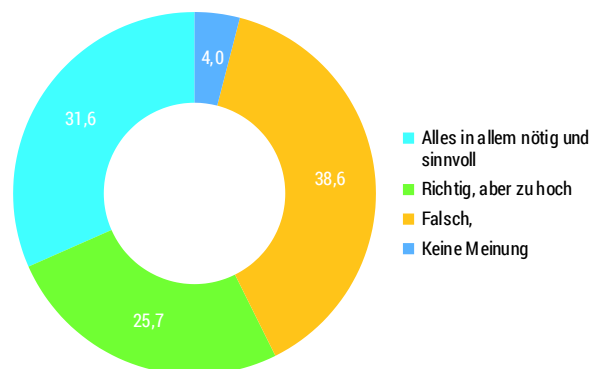
3) Die Einführung des Mindestlohns

Der Sachverständigenrat hat rasch klar gemacht, wie wenig er davon hält, 2015 einen Mindestlohn einzuführen. Solch eine Untergrenze drohe Arbeitsplätze zu kosten. Wo der Mindestlohn nun beschlossen sei, sollte er überprüft und korrigiert werden, mahnt der SVR im Herbst 2014.

Die Skepsis findet sich nur sehr bedingt unter den Ökonomen_innen insgesamt wieder. So urteilten 2015 immerhin 31,6 Prozent, dass sie den Mindestlohn „alles in allem für nötig und sinnvoll“ halten. Für weitere 25,7 Prozent ist die Untergrenze ebenfalls sinnvoll, nur sei sie mit 8 Euro 50 zu hoch angesetzt. Die Grundsatzkritik, die Sachverständige und andere äußern, ist in der Minderheit. Nur gut jede/r Dritte im Land ist unter allen Umständen gegen einen Mindestlohn.

ABB. 3 - Wie beurteilen Sie den in Deutschland gerade eingeführten Mindestlohn (2015)? Antworten in %

Quelle: Ökonomen-Umfrage 2015; Gesamtzahl Antworten: 970





Die Liste der Beispiele ließe sich noch verlängern – ob um den Streit über die Lohnzurückhaltung oder die Energiewende: In keiner der genannten Streitfragen vertrat der Sachverständigenrat in den jüngsten Jahren offenbar noch Positionen, die von einer klaren Mehrheit der Ökonom_innen im Land ebenso beurteilt werden. Und dabei geht es nicht um Petitesse, sondern um wirtschaftspolitisch hoch relevante Fragen, die seit der Finanzkrise akut wurden. Als das Bundesverfassungsgericht urteilen sollte, ob die EZB ihr Mandat überschritten hat, luden die Richter_innen im Sommer 2013 fünf Wirtschaftsprofessoren ein, die qua Amt als führende Experten gelten: davon sprachen sich vier mehr oder weniger offen gegen den EZB-Kurs aus und nur einer dafür – obwohl, wie die Umfrageauswertungen 2015 gezeigt haben, die meisten deutschen Ökonom_innen zu diesem Zeitpunkt die EZB-Position unterstützten. Sprich: Da hat sich das höchste deutsche Gericht mehrheitlich von Leuten beraten lassen, die de facto eine Minderheitenposition vertraten. Heikel.

Nun sind Mehrheitsverhältnisse in der Wissenschaft natürlich kein Beleg für Richtigkeit. Zumindest sollte es aber einen erhöhten Erklärungsdruck schaffen, wenn diejenigen, die qua Auftrag eine hervorgehobene Rolle in der wirtschaftspolitischen Beratung spielen, in existenziell wichtigen Fragen de facto nur (noch) eine Minderheitenposition vertreten – anders als das bis zur Finanzkrise in vielem sicher noch der Fall war.

Eine Erklärung für das Auseinanderdriften zwischen Wortführer_innen und Basis könnte darin liegen, dass es tatsächlich einen erhöhten Bedarf an neuen Antworten gibt, nur dass dies in Deutschland nur sehr bedingt Ausdruck findet in den öffentlichen Debatten, in denen nach wie vor Institutionen und Vertreter_innen des Fachs dominieren, die das Denken in den vergangenen Jahrzehnten des angebotsorientierten Paradigmas geprägt haben. Was wiederum erklären würde, warum trotz zunehmender Offenheit und Vielfalt der Eindruck im In- und Ausland fortbesteht, die deutsche Ökonomie sei anders als alle anderen auf der Welt.

Dann liegt das tiefere Problem weniger im Mangel an Erneuerungsbereitschaft, sondern eher in der stark institutionalisierten wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland – in einem Mangel an Wettbewerb sowie personeller und inhaltlicher Flexibilität. Dann könnte es sinnvoll sein, etwa darüber nachzudenken, wie Wissenschaftler_innen in Beratungspositionen und wieder zurück an die Universitäten wechseln können, wie das weit einfacher in den USA möglich ist. Oder wie zu verhindern ist, dass einzelne Ökonom_innen über so lange Zeit eine so einsam dominierende Rolle spielen – ob der Langzeit-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn oder der Chef des Sachverständigenrats, der gleichzeitig seit vielen Jahren eines der großen Forschungsinstitute

leitet. Dann könnte es auch sinnvoll sein, viel stärker alternative Institutionen der Beratung zu fördern, die offener für Erneuerung sind. Um zu verhindern, dass sich Berater_innen mehr als Besitzstandswahrer_innen alter Glaubenssätze verstehen – und weniger als Wissenschaftler_innen mit Praxisbezug, die nach Erkenntnis streben.

Anmerkungen

- 1 - <http://qz.com/744854/joseph-stiglitz-euro-future-of-europe-book/>
- 2 - In den Befragungen antworteten jeweils im Frühjahr 2006, 2010 und 2015 zwischen 500 und mehr als 1000 Mitglieder des Vereins für Socialpolitik, der großen Vereinigung deutschsprachiger Ökonom_innen.
- 3 - Die Positionen decken sich in der Tat sehr weitgehend mit denen, die andere Institutionen wie die führenden Forschungsinstitute in ihren Gemeinschaftsdiagnosen, die wissenschaftlichen Beiräte der Ministerien oder die Bundesbank in dieser Zeit vertreten haben.
- 4 - Dass der Rat unbeirrt bei seiner Linie bleibt, demonstriert auch der Titel des neuen Gutachtens 2016 „Zeit für Reformen“.
- 5 - Vgl. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_III.pdf - Seite 118 ff.

Über den Autor

Thomas Fricke - Wirtschaftspublizist und Kolumnist sowie Leiter des Internetportals **WirtschaftsWunder**.

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Prof. Dr. Till van Treeck

FGW-Themenbereich: Neues ökonomisches Denken

Themenverantwortliches Vorstandsmitglied:

Prof. Dr. Till van Treeck

Förderung: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, November 2016

ISSN: 2510-408X

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie Neues ökonomisches Denken 03
www.fgw-nrw.de/studien/oekonomie03.html

